



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Fabio De Masi
Platz der Republik 1
11011 Berlin

[REDACTED]
Parlamentarische Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
DATUM 18. Juni 2021

BETREFF **Ihre schriftliche Frage Nr. 119 für den Monat Juni 2021**

GZ **VII C 4 - WK 2010/21/10001**

DOK **2021/0704427**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage,

„Gab es im Januar 2021 Kontakt (per Telefon, Email, Text-Nachricht, usw.) von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern des Bundesfinanzministeriums zur Leitungsebene der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), um potentielle Frage an Zeuginnen oder Zeugen des Wirecard Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages aus anderen Aufsichts- und/oder Strafverfolgungsbehörden abzustimmen, und falls ja, mit Bezug auf welche Zeuginnen oder Zeugen erfolgten diese Kontaktaufnahmen (bitte jeweils Zeitpunkt und Beteiligte von Bundesfinanzministerium und BaFin angeben)?“,

beantworte ich wie folgt:

Im Januar 2021 wurde Oberstaatsanwältin München I, Frau Hildegard Bäumler-Hösl, als Zeugin durch den 3. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages geladen. Soweit feststellbar, hat vor diesem Hintergrund im Januar 2021 ein Mitarbeiter der für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zuständigen Abteilung des Bundesministeriums der Finanzen Kontakt zur früheren Exekutivdirektorin Wertpapieraufsicht der BaFin, Frau Elisabeth Roegele, aufgenommen, um zu besprechen, auf Grundlage welcher Informationen Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl im Februar 2019 gegenüber der Presse die folgen-

de Aussage getroffen hat: „Wir haben am Freitag vor einer Woche um 7.30 Uhr ernstzunehmende Informationen von Wirecard erhalten, dass eine neue Shortattacke geplant ist und dass mit viel Geld versucht wird, Medienberichterstattung zu beeinflussen.“

(vgl. <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/ermittlungen-neue-attacke-gegen-wirecard-geplant/24027480.html?ticket=ST-17430372-7QgoN1WfcXhWsc7g5ANr-ap5>).

Soweit feststellbar, ergab sich aus diesem Kontakt keine Aufklärung zu dieser Frage; das Anliegen wurde nicht weiterverfolgt. Der betreffende Mitarbeiter handelte aus eigenem Antrieb und ohne Abstimmung mit weiteren Beschäftigten und war nicht als Zeuge im 3. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages geladen.

Mit freundlichen Grüßen

